



## Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Weniger Bürokratie für Sachsen-Anhalt – Wirtschaft und Bürger entlasten**

Der Landtag wolle beschließen:

Unnötige Bürokratie kostet die Bürger Zeit und bremst die wirtschaftliche Betätigung der Unternehmen. Vor allem sind davon Mittelstand und Handwerk betroffen. Durch Entlastung von unnötiger Bürokratie können sich unsere Unternehmen mehr um ihre Geschäfte, um Innovationen, Arbeitsplätze und Ausbildung kümmern.

Die Landesregierung wird gebeten, nachstehende Vorschläge für einen ganzheitlichen Bürokratieabbau in Sachsen-Anhalt zu prüfen:

1. Offenes Dialogverfahren zum Bürokratieabbau zwischen Landesregierung und Wirtschaftsverbänden mit dem Ziel, bürokratische Hürden abzubauen und Statistikpflichten zu straffen.
2. Bestehende und neue europäische Standards, Gesetze, Verordnungen sowie Rechtsvorschriften grundsätzlich nur 1 : 1 umsetzen.
3. Feste und transparente Fristen zur Bescheidung von Anträgen.
4. Zeitliche Befristung von Gesetzen und Verordnungen.
5. Entbürokratisierung durch Übergang von Antrags- zu Anzeigeverfahren.
6. Rechtssicherheit durch klare Regelungen bei der Auftraggeberhaftung.
7. Einführung einer One-in-, One-out-Regel mit dem Ziel, dass Landesministerien eine neue Regelung grundsätzlich nur dann zulassen, wenn gleichzeitig eine Regelung an anderer Stelle des Ressorts wegfällt.
8. Schaffung eines zentralen Ansprechpartners für Fragen des Bürokratieabbaus.
9. Nutzung der Erkenntnisse des nationalen Normenkontrollrates zur Erfassung des Bürokratie- und Erfüllungsaufwands.
10. Erstellung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie mit dem Ziel, die wichtigsten Verwaltungsabläufe bis zum Jahr 2020 zu digitalisieren.
11. Evaluierung der Antragsformalitäten zur Nutzung der Förderprogramme in Sachsen-Anhalt.

(Ausgegeben am 17.11.2016)

Über die Ergebnisse der Prüfung ist den zuständigen Ausschüssen spätestens bis zum IV. Quartal 2017 Bericht zu erstatten. Gleichzeitig sind konkrete Maßnahmen für bürokratieentlastende Maßnahmen in Sachsen-Anhalt vorzuschlagen

## **Begründung**

Gesetze und Vorschriften werden oft als Ursache für hemmende bürokratische Verfahren empfunden. Der Grund ist, dass Gesetze zum Teil durch technische oder durch wirtschaftliche Entwicklung überholt oder in ihrer Handhabung nicht mehr zeitgemäß sind. Die Bürokratie in Deutschland und der dadurch entstehende Arbeits- und Kostenaufwand treffen die meist mittelständischen Unternehmen und Bürger besonders. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes belasteten allein die Bürokratiekosten im zurückliegenden Jahr die deutsche Wirtschaft mit 48 Mrd. Euro.

Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau gehen daher in die richtige Richtung. Erstmals konnten 2015 deutschlandweit die Kosten für Bürokratie um 685 Mio. Euro gesenkt werden. Bürokratieabbau ist aber nicht alleine die Aufgabe der Bundesregierung, sondern eine gemeinsame Daueraufgabe. Die Koalitionsfraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben vereinbart, sich dieser Aufgabe für Sachsen-Anhalt zu stellen. Bereits in den zurückliegenden Legislaturperioden konnten mit zwei Mittelstandsförderungsgesetzen Entlastungen für die heimische Wirtschaft erreicht werden. Mit der aktuellen Antragsinitiative ist ein umfangreicher Prüfauftrag verbunden, der sowohl die neuesten Erkenntnisse des nationalen Normenkontrollrates zur Erfassung der Bürokratiekosten enthält als auch den Bürokratieabbau in Sachsen-Anhalt als Teil eines umfassenden und transparenten Politikansatzes versteht. Mit den gewonnenen Erkenntnissen wollen die Koalitionsfraktionen bis zum Ende der Legislaturperiode eine spürbare Entlastung der Wirtschaft und Bürger von Bürokratiekosten erreichen.

Die Koalitionsfraktionen sehen Handlungsbedarf, insbesondere auch bei den Antragsformalitäten zur Nutzung von Förderprogrammen des Landes. Neben den auf die Wirtschaft ausgerichteten Programmen gilt dies insbesondere für Förderprogramme im sozialen und kulturellen Bereich, bei denen häufig der für die Antragsteller bei der Beantragung und Abwicklung des Programms zu erbringende Aufwand in keinem sinnvollen Verhältnis zur Fördersumme steht.

Siegfried Borgwardt  
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle  
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN